

Krafsauer Zeitung.

Nr. 69.

Samstag den 24. März

1866.

Die „Krafsauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Krafsau 3 fl., mit Verendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Mr., einzelne Nummern 5 Mr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

X. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatt für die vierpaltige Petitzeile 5 Mr., im Anzeigenblatt für die erste Einrückung 5 Mr., für jede weitere 3 Mr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Mr. — Inserat-Verordnungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Annoncen übernehmen die Herren: Haasenstein & Vogler in Frankfurt, Berlin, Basel, Hamburg und Wien.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Unterschrift Diplom des erzbischoflichen Rathes Ferdinand Walcher als Ritter des Ordens der eisernen Krone dritter Classe den Ordensstatuten gemäß in den Ritterstand des österreichischen Kaiserthums mit dem Prädicate „von Uysdal“ allergnädigst zu erheben geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Unterschrift vom 19. März d. J. die von dem Feldmarschallleutnant und Festungscommandanten zu Josephstadt Carl Ritter v. Ripp erbetene Uebernahme in den wohlverdienten Ruhestand Allerhöchste anzuordnen und hierbei demselben in Anerkennung seiner langen und guten Dienstleistung das Commandeurekreuz des Leopold-Ordens tatzfrei allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Unterschrift vom 13. März d. J. den bischöflichen Secretär und theologischen Professor in Feltre Franz Renier und den Mannoniar an der dortigen Kathedralkirche Victor Dalla Piazza zu Ehrenmitgliedern an dem Kathedralcapitel von Feltre allergnädigst zu ernennen geruht.

Der Justizminister hat den Gerichtsadjuncten Moriz Wimmer zum Rathsecretär bei dem Landesgerichte in Linz ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Krafsau, 24. März.

In der „Const. Destr. Ztg.“ begegnen wir folgenden Abwehr, welche gegen einen in der Nummer der „Presse“ vom 21. d. enthaltenen Artikel gerichtet ist, der die Regierung mit besonderem Hinweis auf die gespannten Verhältnisse zu Preußen beschuldigt, Zustände in Desterreich herbeigeführt zu haben, wie sie kaum schlechter und trostloser sein könnten. Als das gegenwärtige Cabinet die Erbschaft des früheren antrat, konnte es sich nicht verhehlen, daß es eine sehr schwierige Aufgabe übernommen habe, und mußte darauf gefaßt sein, manche unliebbare und fränkische Reaction gegen sein Wirken eintreten zu sehen. Die Wunde der staatsrechtlichen Entzweiung der Monarchie war allerdings mit einer Kruste bedeckt, aber nicht geheilt. Um Heilung zu ermöglichen, um die Wunde nicht lebensgefährlich entarten zu lassen, mußte die oberflächliche Einhüllung derselben beseitigt werden. Die Menge widerstrebender Rechtsansprüche ausgleichen, die auf verschiedenen Punkten der Monarchie erhoben werden, gab und gibt es nur ein Mittel: den Versuch gemeinsamer Verständigung der Länder und Völker Desterreichs unter einander. Auf diese Weise mag sich das Gemeinsame in diesen Rechtsansprüchen vereinigen, das Unvereinbare ausscheiden. Die Politik des gegenwärtigen Ministeriums ist ein nicht zu missender Appell an die Gerechtigkeit der Völker und ihrer Vertreter und eine Mahnung zur Nachgiebigkeit unter sich, zur Begründung eines auf ihrem freien, herzlichen Einverständnisse beruhenden gesammtoesterreichischen Staatsrechts. Den Negotiationen gegenüber muß sich die Regierung notwendig negierend verhalten; sobald irgendwelche positive, erfolgversprechende Bestrebungen zu Tage treten, wird sie für ihre Pflicht erachten, fördernd in einen solchen Ideenproceß einzugreifen. „Kein Zweifel ist jedoch darüber gestattet, daß die Monarchie durch die Freizügigkeit der Bahn nicht nur nicht schwächer, sondern vielmehr stärker geworden ist. Das Begehren des Centralismus war nicht die Gesundheit des Staates selbst, und der gute Wille des Reichsrathes, den wir nicht in Abrede stellen, war für sich nicht hinreichend, den unter der Asche der Februarpraxis glimmenden staatsrechtlichen Brand zu löschen. Die Politik des Widerstandes gegen preussische Provocationen und Uebergriffe ist, wir dürfen es wohl aussprechen, eine spezifische Eigenthümlichkeit der gegenwärtigen Regierung Desterreichs. Könnte sie sich entschließen, den ungerechtfertigten Forderungen des Berliner Cabinets Schritt für Schritt nachzugeben, so ständen die Curse unstrittig besser, als sie heute stehen. Aber wer möchte wagen, eine solche Politik, eine so unerhörte Preisgebung der Würde und Interessen Desterreichs anzurathen? Wenn ein anderes, etwa ein februaristisches Cabinet am Ruder der Geschäfte stände und die politische Situation wäre Preußen gegenüber, wie heute, wenn nicht unmittelbar drohend und kriegsgefährlich, doch bedenklich und gespannt: glaubt man wohl, der Curszettel würde eine freundlichere Physiognomie als heute aufzuweisen haben? Politisch Kundige können die Frage nur verneinend beantworten und ihr Nein müßte sich schärfen, ja bis zu einem Proteste gegen die Rückkehr auf verlassene Bahnen erheben, wenn je damit Ernst gemacht werden wollte, die früheren Bestimmungen in einem großen, ja dem größeren Theile des Reiches wieder herbeizuführen. Insofern bis jetzt nach keiner Seite hin präjudicirt worden, ist die Lage des Reiches, im directen Gegensatz zu den kühnen Behauptungen der „Presse“, besser und hoffnungsreicher als sie vor einem Jahre war. Diese Ansicht hat die Zukunft für sich und vor ihr werden Vorurtheil und Pessimismus allmählich die Waffen strecken.“

Die „Krafsauer Ztg.“ anknüpfend an den Artikel der letzten „Prov.-Corr.“ über österreichisch-sächsische Rüstungen fügt hinzu: Selbstverständlich ist trotzdem eine friedliche Lösung keineswegs ausgeschlossen. Wir hoffen noch immer, daß das Wiener Cabinet die Verhältnisse — wie sie einmal sind — ruhig ansehen und die Großmächte sich in Ehren einigen werden über Schleswig-Holstein, über die brennende Frage um Deutschland, welches auf sie angewiesen ist und ihren festen Schutz zu fordern berechtigt ist.

Der „Debatte“ ist folgendes Telegramm v. 22. d. aus Berlin zugegangen: Die Vorstellungen des britischen Cabinets über die den europäischen Frieden gefährdende Politik Preußens ist in der feierlichen Form eines „confidential letter“ hierher gelangt. Man spricht heute in diplomatischen Kreisen von einem hier eingetroffenen Handschreiben des Kaisers der Franzosen an den König Wilhelm. Die Sommaton Preußens an Desterreich ist zur Abendung bereit. — Sind die beiden ersten Sätze wahr, dann ist es der letzte sicher nicht.

Der effective, zwischen Preußen und Desterreich obshwebende diplomatisch formulierte Streit, sagt, schreibt man dem „Vaterland“ aus Berlin, ist bis jetzt einfach der, daß Preußen behauptet, Desterreich habe den Gasteiner Vertrag durch Gewährenlassen, respective durch Regung des Augustenburgerthums verletzt. Von Seiten Desterreichs wird eine Verletzung bestritten, und es handelt sich somit vorerst nur um den Streit über die Auslegung eines verbindenden Vertrages. Wenn das Alles wäre, so würde dieser Streit, meint das „R. Fremdb.“ mit einer etwas verunglückten Citation, an den Mercurio in „Hamlet“ (I) erinnern, welcher mit Jemandem Streit anfang, weil er Rüsse knackte und sein Hund nuckbraune Haare hatte. Der „Schwabische Mercur“ gibt den gleichen Ausgangspunkt des Streites an, aber in folgender Fassung: Preußen verlangt, Desterreich soll der sogenannten Augustenburger Nebenregierung ein Ende machen, während Desterreich erklärt, es halte sich streng an die Bestimmungen des Gasteiner Vertrags. Von diesem Ausgangspunkt bis zum Zusammenstoß der Heere ist noch ein weiter Schritt. Freilich liegt in jenem scheinbar kleinen Ausgangspunkt die ganze Schwere des Zerwürfnisses verborgen, welche darin besteht, daß Desterreich eine Machtvergrößerung Preußens im Norden nicht dulden will, vor welcher es zunächst selbst persönlich das Feld räumen müßte, und welche ganz wie das Vorpiel fernerer Gränzverweiterungen ausseht.

Der Fürst zu Hohenzollern-Sigmaringen der mit einer besonderen (Friedens-) Mission nach Wien betraut sein sollte, wurde in der That, wie die Berliner „Krafsauer Ztg.“ meldet, am 21. d. in Berlin erwartet. Nach einer tel. Depesche der „Schles. Z.“ sind jedoch die verbreiteten Nachrichten über eine Mission des Fürsten von Hohenzollern und über einen Verlehnungsvertrag des Fürsten v. Werther unbegründet.

Wie man aus Frankfurt schreibt, ist von der Einbringung eines in dem Lager der Mittelstaaten vorbereitete gewesenen Antrags, den Bund zur Ergreifung derjenigen bundesmäßigen Maßregeln zu veranlassen, welche im Sinne des Art. 11 der Bundesacte erforderlich erscheinen möchten, mit der Motivierung, daß die in diesem Artikel vorausgesetzte Gefahr noch nicht als vorhanden angenommen werden könne, vorerst und bis zum Eintritt jener Voraussetzung Abstand genommen worden.

Aus dem vielbesprochenen Rundschreiben des Grafen Mensdorff an die deutschen Großmächte bringt heute der Wiener Correspondent der „Weser-Ztg.“ einen neuen Passus bezüglich Italiens, worin nachdrücklich betont wurde, daß die kaiserliche Regierung sich der Eventualität eines Angriffes im Südwesten des Reiches nicht verschließt, gleichwohl aber fest entschlossen ist, auch diesem die Stirne zu bieten. Niemand wäre denn so zierlich deutlich ausgesprochen, daß man Preußen im Verdacht hat, mit Victor Emanuel gemeinsame Sache zu machen. Aus Berlin wird jedoch der „Köln. Ztg.“ geschrieben, die britische Regierung habe das Florentiner Cabinet darauf aufmerksam gemacht, es sei passend, bei dem Eintritt in die Konferenz zur Rückhaltung zu beobachten, in Folge dessen Lamarmora sich im italienischen Abgeordnetenhaus sehr reservirt zeigte. Auch soll der Herzog von Gramont in Wien versichert haben, sein College Malaret in Florenz sei beauftragt, dem italienischen Hofe warnende Vorstellungen zu machen.

Die „France“ bringt heute neuerdings eine entschiedene Aeußerung über den preussisch-österreichischen Streit. Sie sagt: „Der heftige Artikel der „Krafsauer Zeitung“ und die scharfen Aeußerungen der Wiener Blätter erwecken die Meinung, der Conflict sei unvermeidlich. Aber wir sind mehr als jemals überzeugt, daß die Sprache der Blätter nicht den Dispositionen der betreffenden Regierungen und dem gegenwärtigen Stande der Frage entspricht. Wir beharren bei der Meinung, daß der Streit der beiden deutschen Mächte nicht die Verhältnisse eines Kriegesfalls annehmen wird. Sollte er aber den Charakter ändern, so wird er zu einem Gegenstande des europäischen Interesse, und wird dann die europäische Diplomatie bei demselben nicht gleichgültig bleiben.“

Aus München wird gemeldet, es sei an der Rückkehr des österreichischen Cabinets zum Bundesstandpunkt nicht mehr zu zweifeln, und Baierns Zustimmung zu der Bundesaction sei bereits gewiß. Die „Köln. Ztg.“ bringt „Militärische Briefe aus Norddeutschland“, in welchen die Ansicht ausgesprochen wird, daß ein Krieg gegen Preußen in unseren militärischen Kreisen sehr populär wäre. Der Verfasser dieser Briefe erkennt nämlich an, daß „sowohl die meisten Soldaten, wie auch Officiere des k. k. österreichischen Heeres einen Krieg gegen Preußen mit Freuden begrüßen und sich sicherlich mit der größten Tapferkeit gegen die preussische Armee schlagen würden.“ Der Verfasser glaubt zwar, daß die Begeisterung der preussischen Krieger „überwiegender und opferfreudiger“ sein werde, aber er gesteht selbst, er glaube es, „vielleicht weil er es wünscht.“ In einem so entschieden antioesterreichischen Blatt, wie es die „Köln. Ztg.“ ist, bleibt eine solche Bemerkung immer charakteristisch. Auch in ihrem Leitartikel spricht sich die „Köln. Ztg.“ entschieden gegen den Krieg aus und fordert die deutsche Presse auf, Alles aufzubieten, um Deutschland vor dem Unglücke eines Bürgerkrieges zu bewahren. Auch die „Nat. Ztg.“, bekanntlich gleichfalls mit Desterreich nicht sympathisirend, ist gegen den Krieg und gesteht ohne Hehl, daß sie sich „keinen frohlichen und patriotischen Hoffnungen hingeben, wenn durch den Krieg der preussischen Krone die Souveränität über die Herzogthümer verschafft würde.“

Die Verhandlungen der Donaufürstenthümer-Conferenz, schreibt man der „G. C.“ aus Paris, dürfte etwas langsamer als man bisher erwartete, zum Ziele gelangen. In der Sitzung vom 22. d. M. scheint sich die Frage zu haben: entweder Union mit einem fremden Fürsten an der Spitze oder Wiederherstellung zweier einheimischer Hopodarate. Für die erstere Lösung sind die drei Commissäre der provisorischen Regierung von Bukarest bemüht, welche einzeln und à titre officieux von Herrn Drouyn de Lhuys und den übrigen Mitgliedern der Konferenz empfangen werden. Das französische Cabinet kann aber nicht absehen, wie die Integrität der Türkei mit der Einsetzung eines fremden Fürsten in Bukarest vereinbar wäre. — Das Einvernehmen zwischen dem russischen Cabinet und der Pforte scheint bereits einigermaßen alterirt zu sein; auch ist es nicht wahr, daß Preußen sich in allen Punkten der Politik des St. Petersburger Cabinets angeschlossen hätte. Preußen dürfte seine Thätigkeit in der Konferenz darauf beschränken, Alles zu begünstigen was geeignet ist, die definitive Lösung der Fürstenthümerfrage zu vertagen und in diesem Sinne theilt es allerdings die Tendenzen Rußlands, aber es hat kein Interesse und, wie es scheint, auch keine Intention der orientalischen Politik seines Nachbarn in positiver Weise förderlich zu sein. — Herr Visconti-Venosta, ehemaliger Minister und seit Kurzem Gesandter des Königs Victor Emanuel bei der Pforte, befindet sich seit einigen Tagen in Paris, angeblich um die Einrichtung seines Hotels in Constantinopel anzuordnen; doch scheint seine Anwesenheit der Politik und namentlich der rumänischen Angelegenheit nicht fremd zu sein.

Ein Pariser Blättern zugekommenes Telegramm aus Constantinopel meldet, daß die Pforte geneigt sei, falls die Mächte es wünschen sollten, neuerdings die Union der Donaufürstenthümer unter einem einheimischen Fürsten zu sanctioniren. Instruktionen in diesem Sinne sollen bereits auch an den türkischen Gesandten in Paris gesandt worden sein.

Aus Rom melden Correspondenzen, daß Cardinal Antonelli die päpstlichen Werkbureau im Auslande angewiesen habe, mit der Vornahme weiterer Anwerbungen inne zu halten, da die erforderliche Zahl von Recruten schon beisammen sei.

Zwischen Holland und Belgien droht wegen der Schiffbarhaltung des östlichen Schelde-Armes, welche Holland obliegt und wofür Belgien jährlich 400.000 Francs zahlt, der Ausbruch eines Conflicts.

Holland will eine Eisenbahn bauen und läßt deshalb an der Schelde Barragen errichten. In Belgien befürchtet man nun, diese werden das Flußbett versanden, weshalb auch Minister Rogier schon dagegen Einsprache erhoben hat. Die Holländer behaupten das Gegentheil und es wird nun eine Commission von Experten zusammentreten, um diese Frage zu entscheiden. Kann man sich nicht einigen, dann kommt die Sache vor die Unterzeichner der Schelde-Akte und es dürften leicht England und die nordamerikanischen Freistaaten hierbei ein ernstes Wort sprechen.

Vom Kriegsschauplatz im westlichen Südamerika sind Berichte eingelaufen, welche die Bedeutung des Beitritts Ecuador's zur peruanisch-chilenischen Allianz sehr abschwächen. Man habe in Chili diese Allianz nur um des moralischen Eindruckes willen gesucht, denn eine active Hilfeleistung sei von Ecuador nicht mehr zu erwarten, das weder eine Armee noch eine Flotte besitz.

Landtagsangelegenheiten. [52. Sitzung des galizischen Landtages am 17. März 1866.] Der Landmarschall Fürst Leo Sapieha eröffnet die Sitzung um 10 1/2 Uhr Vorm. Anwesend: 133 Abgeordnete. Von Seite der Regierung anwesend: der Regierungs-Commissär k. k. Hofrath Ritter v. Possinger.

Nach Genehmigung des Protocolls der letzten Sitzung fragt Abg. v. Dworakowski, wann die von ihm überreichte Petition der Gemeinde Winiatynce in der Nothstandsangelegenheit auf die Tagesordnung gelangen wird. Abg. v. Boczkowski erwidert, daß diese Petition bereits erledigt ist und bei der nächsten Gelegenheit auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Abg. v. Saruntowski erhielt vom Landmarschall einen achtägigen Urlaub. Folgt die Verlesung der neuerdings eingelaufenen Petitionen, deren letzte die Zahl 2262 trägt. Der Landmarschall bringt zur Kenntniß des Hauses, daß der Abg. v. Paszkowski aus Anlaß einer gefährlichen Erkrankung seines Vaters vonemberg abgereist ist und fordert das Haus zur Wahl zweier Secretäre an Stelle der Abg. Paszkowski und Grucholski auf.

Es wird zur Wahl geschritten. Zum Scrutinium werden bestimmt die Abg. Graf Fredro, Jazgowski, Wikous, Ruzgla, v. Polanowski und Pawedzi. Hierauf wird das Wahlergebnis veröffentlicht: Anzahl der Stimmenden 75, Dr. Sawczynski erhält 72 und Geringer 71 Stimmen.

Sodann wird zur Fortsetzung der Generaldebatte über das Gemeindegesetz, namentlich über die Frage, ob der auf dem Princip der Collectiv-Gemeinde basirende Entwurf der Minorität der Verathung zur Grundlage zu dienen habe oder nicht, geschritten. Gegen den Minoritätsantrag, d. i. gegen die Einführung der Collectiv-Gemeinden, sprechen die Abg. Giniiewicz, Stodki, L. v. Skrzynski, L. zinski und Graf Goluchowski, worauf der Schluß der Discussion genehmigt wird. Da noch 14 Redner gegen die Collectiv-Gemeinden und 4 für den Minoritätsantrag eingeschrieben sind, so wählt geschäftsordnungsmäßig jede Partei einen General-Redner. Als General-Redner spricht für die Collectiv-Gemeinde Adam Graf Potocki, gegen dieselbe Dr. Zyblikiewicz.

Der Raum unseres Blattes gestattet uns nicht, die Reden der Verteidiger und der Gegner der Collectiv-Gemeinde anzuführen, der Leser wird sie übrigens in dem stenographischen Berichte finden. Wir bemerken hier bloß, daß die Anhänger der Collectiv-Gemeinde von der Ansicht ausgingen, daß die Orts-Gemeinde nicht in der Lage sein werde, ihren sowohl aus dem autonomen als auch aus dem übertragenen Wirkungskreise entspringenden Pflichten nachzukommen; daß die Ortsgemeinden dem Einflusse der Bureaucratie nicht werden widerstehen können, daß nur durch die Bildung der Collectiv-Gemeinden die sogenannten Gutsgebiete in den Organismus der Gemeinde übergeben und in derselben den gebührenden Einfluß ausüben werden.

Die andere mit der Bildung der Collectiv-Gemeinden nicht einverständene Partei ging vom Standpunkte der tatsächlichen Verhältnisse aus. Jede Orts-Gemeinde schätzte als eine besondere Individualität ihre Selbstständigkeit. Der Zwang zur Vereinigung mehrerer Ortsgemeinden in eine Gemeinde würde dem Gefühl der Selbstständigkeit Gewalt anthun und diese Selbstständigkeit auf Null reduciren. Nur die Autonomie einer jeden Ortsgemeinde ist die Grundlage der erwünschten und freien Entwicklung. Die Redner

zeitung“ und die scharfen Aeußerungen der Wiener Blätter erwecken die Meinung, der Conflict sei unvermeidlich. Aber wir sind mehr als jemals überzeugt, daß die Sprache der Blätter nicht den Dispositionen der betreffenden Regierungen und dem gegenwärtigen Stande der Frage entspricht. Wir beharren bei der Meinung, daß der Streit der beiden deutschen Mächte nicht die Verhältnisse eines Kriegesfalls annehmen wird. Sollte er aber den Charakter ändern, so wird er zu einem Gegenstande des europäischen Interesse, und wird dann die europäische Diplomatie bei demselben nicht gleichgültig bleiben.“

Aus München wird gemeldet, es sei an der Rückkehr des österreichischen Cabinets zum Bundesstandpunkt nicht mehr zu zweifeln, und Baierns Zustimmung zu der Bundesaction sei bereits gewiß.

Die „Köln. Ztg.“ bringt „Militärische Briefe aus Norddeutschland“, in welchen die Ansicht ausgesprochen wird, daß ein Krieg gegen Preußen in unseren militärischen Kreisen sehr populär wäre. Der Verfasser dieser Briefe erkennt nämlich an, daß „sowohl die meisten Soldaten, wie auch Officiere des k. k. österreichischen Heeres einen Krieg gegen Preußen mit Freuden begrüßen und sich sicherlich mit der größten Tapferkeit gegen die preussische Armee schlagen würden.“ Der Verfasser glaubt zwar, daß die Begeisterung der preussischen Krieger „überwiegender und opferfreudiger“ sein werde, aber er gesteht selbst, er glaube es, „vielleicht weil er es wünscht.“ In einem so entschieden antioesterreichischen Blatt, wie es die „Köln. Ztg.“ ist, bleibt eine solche Bemerkung immer charakteristisch. Auch in ihrem Leitartikel spricht sich die „Köln. Ztg.“ entschieden gegen den Krieg aus und fordert die deutsche Presse auf, Alles aufzubieten, um Deutschland vor dem Unglücke eines Bürgerkrieges zu bewahren. Auch die „Nat. Ztg.“, bekanntlich gleichfalls mit Desterreich nicht sympathisirend, ist gegen den Krieg und gesteht ohne Hehl, daß sie sich „keinen frohlichen und patriotischen Hoffnungen hingeben, wenn durch den Krieg der preussischen Krone die Souveränität über die Herzogthümer verschafft würde.“

Die Verhandlungen der Donaufürstenthümer-Conferenz, schreibt man der „G. C.“ aus Paris, dürfte etwas langsamer als man bisher erwartete, zum Ziele gelangen. In der Sitzung vom 22. d. M. scheint sich die Frage zu haben: entweder Union mit einem fremden Fürsten an der Spitze oder Wiederherstellung zweier einheimischer Hopodarate. Für die erstere Lösung sind die drei Commissäre der provisorischen Regierung von Bukarest bemüht, welche einzeln und à titre officieux von Herrn Drouyn de Lhuys und den übrigen Mitgliedern der Konferenz empfangen werden. Das französische Cabinet kann aber nicht absehen, wie die Integrität der Türkei mit der Einsetzung eines fremden Fürsten in Bukarest vereinbar wäre. — Das Einvernehmen zwischen dem russischen Cabinet und der Pforte scheint bereits einigermaßen alterirt zu sein; auch ist es nicht wahr, daß Preußen sich in allen Punkten der Politik des St. Petersburger Cabinets angeschlossen hätte. Preußen dürfte seine Thätigkeit in der Konferenz darauf beschränken, Alles zu begünstigen was geeignet ist, die definitive Lösung der Fürstenthümerfrage zu vertagen und in diesem Sinne theilt es allerdings die Tendenzen Rußlands, aber es hat kein Interesse und, wie es scheint, auch keine Intention der orientalischen Politik seines Nachbarn in positiver Weise förderlich zu sein. — Herr Visconti-Venosta, ehemaliger Minister und seit Kurzem Gesandter des Königs Victor Emanuel bei der Pforte, befindet sich seit einigen Tagen in Paris, angeblich um die Einrichtung seines Hotels in Constantinopel anzuordnen; doch scheint seine Anwesenheit der Politik und namentlich der rumänischen Angelegenheit nicht fremd zu sein.

Ein Pariser Blättern zugekommenes Telegramm aus Constantinopel meldet, daß die Pforte geneigt sei, falls die Mächte es wünschen sollten, neuerdings die Union der Donaufürstenthümer unter einem einheimischen Fürsten zu sanctioniren. Instruktionen in diesem Sinne sollen bereits auch an den türkischen Gesandten in Paris gesandt worden sein.

Aus Rom melden Correspondenzen, daß Cardinal Antonelli die päpstlichen Werkbureau im Auslande angewiesen habe, mit der Vornahme weiterer Anwerbungen inne zu halten, da die erforderliche Zahl von Recruten schon beisammen sei.

Zwischen Holland und Belgien droht wegen der Schiffbarhaltung des östlichen Schelde-Armes, welche Holland obliegt und wofür Belgien jährlich 400.000 Francs zahlt, der Ausbruch eines Conflicts.

Holland will eine Eisenbahn bauen und läßt deshalb an der Schelde Barragen errichten. In Belgien befürchtet man nun, diese werden das Flußbett versanden, weshalb auch Minister Rogier schon dagegen Einsprache erhoben hat. Die Holländer behaupten das Gegentheil und es wird nun eine Commission von Experten zusammentreten, um diese Frage zu entscheiden. Kann man sich nicht einigen, dann kommt die Sache vor die Unterzeichner der Schelde-Akte und es dürften leicht England und die nordamerikanischen Freistaaten hierbei ein ernstes Wort sprechen.

Vom Kriegsschauplatz im westlichen Südamerika sind Berichte eingelaufen, welche die Bedeutung des Beitritts Ecuador's zur peruanisch-chilenischen Allianz sehr abschwächen. Man habe in Chili diese Allianz nur um des moralischen Eindruckes willen gesucht, denn eine active Hilfeleistung sei von Ecuador nicht mehr zu erwarten, das weder eine Armee noch eine Flotte besitz.

Landtagsangelegenheiten. [52. Sitzung des galizischen Landtages am 17. März 1866.] Der Landmarschall Fürst Leo Sapieha eröffnet die Sitzung um 10 1/2 Uhr Vorm. Anwesend: 133 Abgeordnete. Von Seite der Regierung anwesend: der Regierungs-Commissär k. k. Hofrath Ritter v. Possinger.

Nach Genehmigung des Protocolls der letzten Sitzung fragt Abg. v. Dworakowski, wann die von ihm überreichte Petition der Gemeinde Winiatynce in der Nothstandsangelegenheit auf die Tagesordnung gelangen wird. Abg. v. Boczkowski erwidert, daß diese Petition bereits erledigt ist und bei der nächsten Gelegenheit auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Abg. v. Saruntowski erhielt vom Landmarschall einen achtägigen Urlaub. Folgt die Verlesung der neuerdings eingelaufenen Petitionen, deren letzte die Zahl 2262 trägt. Der Landmarschall bringt zur Kenntniß des Hauses, daß der Abg. v. Paszkowski aus Anlaß einer gefährlichen Erkrankung seines Vaters vonemberg abgereist ist und fordert das Haus zur Wahl zweier Secretäre an Stelle der Abg. Paszkowski und Grucholski auf.

Es wird zur Wahl geschritten. Zum Scrutinium werden bestimmt die Abg. Graf Fredro, Jazgowski, Wikous, Ruzgla, v. Polanowski und Pawedzi. Hierauf wird das Wahlergebnis veröffentlicht: Anzahl der Stimmenden 75, Dr. Sawczynski erhält 72 und Geringer 71 Stimmen.

Sodann wird zur Fortsetzung der Generaldebatte über das Gemeindegesetz, namentlich über die Frage, ob der auf dem Princip der Collectiv-Gemeinde basirende Entwurf der Minorität der Verathung zur Grundlage zu dienen habe oder nicht, geschritten. Gegen den Minoritätsantrag, d. i. gegen die Einführung der Collectiv-Gemeinden, sprechen die Abg. Giniiewicz, Stodki, L. v. Skrzynski, L. zinski und Graf Goluchowski, worauf der Schluß der Discussion genehmigt wird. Da noch 14 Redner gegen die Collectiv-Gemeinden und 4 für den Minoritätsantrag eingeschrieben sind, so wählt geschäftsordnungsmäßig jede Partei einen General-Redner. Als General-Redner spricht für die Collectiv-Gemeinde Adam Graf Potocki, gegen dieselbe Dr. Zyblikiewicz.

Der Raum unseres Blattes gestattet uns nicht, die Reden der Verteidiger und der Gegner der Collectiv-Gemeinde anzuführen, der Leser wird sie übrigens in dem stenographischen Berichte finden. Wir bemerken hier bloß, daß die Anhänger der Collectiv-Gemeinde von der Ansicht ausgingen, daß die Orts-Gemeinde nicht in der Lage sein werde, ihren sowohl aus dem autonomen als auch aus dem übertragenen Wirkungskreise entspringenden Pflichten nachzukommen; daß die Ortsgemeinden dem Einflusse der Bureaucratie nicht werden widerstehen können, daß nur durch die Bildung der Collectiv-Gemeinden die sogenannten Gutsgebiete in den Organismus der Gemeinde übergeben und in derselben den gebührenden Einfluß ausüben werden.

Die andere mit der Bildung der Collectiv-Gemeinden nicht einverständene Partei ging vom Standpunkte der tatsächlichen Verhältnisse aus. Jede Orts-Gemeinde schätzte als eine besondere Individualität ihre Selbstständigkeit. Der Zwang zur Vereinigung mehrerer Ortsgemeinden in eine Gemeinde würde dem Gefühl der Selbstständigkeit Gewalt anthun und diese Selbstständigkeit auf Null reduciren. Nur die Autonomie einer jeden Ortsgemeinde ist die Grundlage der erwünschten und freien Entwicklung. Die Redner

zeitung“ und die scharfen Aeußerungen der Wiener Blätter erwecken die Meinung, der Conflict sei unvermeidlich. Aber wir sind mehr als jemals überzeugt, daß die Sprache der Blätter nicht den Dispositionen der betreffenden Regierungen und dem gegenwärtigen Stande der Frage entspricht. Wir beharren bei der Meinung, daß der Streit der beiden deutschen Mächte nicht die Verhältnisse eines Kriegesfalls annehmen wird. Sollte er aber den Charakter ändern, so wird er zu einem Gegenstande des europäischen Interesse, und wird dann die europäische Diplomatie bei demselben nicht gleichgültig bleiben.“

Aus München wird gemeldet, es sei an der Rückkehr des österreichischen Cabinets zum Bundesstandpunkt nicht mehr zu zweifeln, und Baierns Zustimmung zu der Bundesaction sei bereits gewiß.

Die „Köln. Ztg.“ bringt „Militärische Briefe aus Norddeutschland“, in welchen die Ansicht ausgesprochen wird, daß ein Krieg gegen Preußen in unseren militärischen Kreisen sehr populär wäre. Der Verfasser dieser Briefe erkennt nämlich an, daß „sowohl die meisten Soldaten, wie auch Officiere des k. k. österreichischen Heeres einen Krieg gegen Preußen mit Freuden begrüßen und sich sicherlich mit der größten Tapferkeit gegen die preussische Armee schlagen würden.“ Der Verfasser glaubt zwar, daß die Begeisterung der preussischen Krieger „überwiegender und opferfreudiger“ sein werde, aber er gesteht selbst, er glaube es, „vielleicht weil er es wünscht.“ In einem so entschieden antioesterreichischen Blatt, wie es die „Köln. Ztg.“ ist, bleibt eine solche Bemerkung immer charakteristisch. Auch in ihrem Leitartikel spricht sich die „Köln. Ztg.“ entschieden gegen den Krieg aus und fordert die deutsche Presse auf, Alles aufzubieten, um Deutschland vor dem Unglücke eines Bürgerkrieges zu bewahren. Auch die „Nat. Ztg.“, bekanntlich gleichfalls mit Desterreich nicht sympathisirend, ist gegen den Krieg und gesteht ohne Hehl, daß sie sich „keinen frohlichen und patriotischen Hoffnungen hingeben, wenn durch den Krieg der preussischen Krone die Souveränität über die Herzogthümer verschafft würde.“

der Majorität lenkten auch die Aufmerksamkeit darauf, daß das Project der Collectiv-Gemeinde unpraktisch sei, und wiesen auf die unüberwindlichen Schwierigkeiten hin, welche der Einführung solcher Gemeinden sowohl wegen des Widerwillens des Landvolkes gegen eine solche zwangsweise Vereinigung, als auch wegen der dagegen streitenden bestehenden Gesetze im Wege stehen.

Nach den Generalreden ergreift der Herr Regierungskommissär das Wort, dessen Rede wir ihrem Wortlaute nach mittheilen werden, weil sie sowohl die Anschauung der Regierung als auch jene der Majorität des Landtags über diese wichtige Angelegenheit klar darlegt.

Nach dem Herrn Regierungskommissär sprach noch der Abg. v. Krzeczunowicz als Berichterstatter der Commission und empfahl auch die Annahme des Antrages der Majorität.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag der Minorität in Betreff der Collectiv-Gemeinden mit überwiegender Stimmenmehrheit abgelehnt und der Majoritätsentwurf der Commission als Grundlage der Discussion angenommen.

Schluß der Sitzung 2 1/2 Uhr Nachmittags. Nächste Sitzung Montag, Tagesordnung: Bericht der Budget-Commission bezüglich der Vorspannkosten. Debatte über das Gemeindegesetz.

Ueber die Sitzung des galizischen Landtages vom 22. d. wird tel. gemeldet: Krzeczunowicz referirt Namens der Gemeindegesetzcommission über die Wahlordnung für die Bezirksvertretungen, welche nach dem Vorschlage der Commission angenommen wird. Hierauf proponirt derselbe Namens der Commission, daß die Reichsgesetzgebung in Gemeindefachen, und insbesondere das Reichsgesetz vom 5. März 1862, enthaltend die Grundzüge der Gemeindeorganisation, für Galizien nicht gültig sei. Der Rathen-Wortführer Boryskiewicz opponirt, weil dieses Gesetz die Gemeindeautonomie und einheitliche Rechtsentwicklung in der ganzen Monarchie beizubringen. Ihm siehe Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit höher als Nationalität; einseitige Nationalitätsbestrebungen führen zur Hegemonie. Er wird vom Landmarschall wiederholt zur Sache gerufen. Jarzowski und Byzowski vertheidigen den Commissionsvorschlag. Boryskiewicz erklärt nochmals, in der Reichsgesetzgebung eine größere Garantie zu finden. Graf Adam Potocki bekämpft dies. Krzeczunowicz vertheidigt im heftigen Tone die Commissionsvorlage, welche mit Majorität angenommen wird. Ein Zusatzantrag von Hubicki, betreffend die Bitte um eine Regierungsvorlage wegen Einführung von Friedensgerichten, wird als besonderer Antrag behandelt und an die Gemeindegesetzcommission gewiesen. Gniwosz referirt Namens der Administrationscommission über den Antrag Hubicki wegen Ablösung der Meßgebühren und proponirt, an die Regierung eine Bitte um Herausgabe entsprechender Vorschriften zu richten. Pfarer Nucza opponirt unter Berufung auf das Concordat. Es entspinnt sich eine lange, heftige Debatte und wird der Commissionantrag schließlich angenommen. In der heutigen Abend Sitzung wird das Lemberger Statut beraten werden.

Das Verlangen des „Dobro jutro“, daß die Berathungssprache der ungarisch-croatischen Deputation die magyarische sein müsse, steht in Agram auf entschiedenen Widerspruch, da nur zwei Mitglieder der aus zwölf Personen bestehenden croatischen Deputation der ungarischen Sprache mächtig sind. Man will nun croatischseits die lateinische oder die deutsche Sprache proponiren.

Telegraphische Landtagsberichte. Prag, 22. März. Es wird eine Gegenklärung Leo Thuns und Genossen gegen die Proteste Herbsts und der Linken verlesen. Derselbe ist eine Verwahrung gegen die Behauptung des Protestes, die Adresse konnte nur mit einer Majorität von zwei Dritteln beschlossen werden. Die Adresse enthalte keinen Beschluß über die Aenderung der Landesordnung. Der Oberlandmarschall erklärt, die Gegenklärung werde dem Protocoll beigelegt. Bezüglich des Ausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Grundbuchordnung wird über Clams Antrag unter Berücksichtigung der vorgeschrittenen Sessionszeit der Uebergang zur Tagesordnung beschlossen. Ebenso wird über das zur Begutachtung vorgelegte Wasserrechtsgesetz nach dem Commissionstrage die Tagesordnung beschlossen und das Ansuchen an die Regierung gestellt, in der nächsten Session ein Wasserrechtsgesetz als Landesgesetz vorzulegen. — Morgen Schluß Sitzung.

Pest, 22. März. [Schluß der Repräsentantensitzung.] Nach Uebergabe der Stimmzettel für die Commissionswahlen wurde nach kurzer Debatte beschlossen, daß das Haus sich wegen der Feiertage vom 23. März bis 4. April vertagt; jedoch werden einige Tage vor und nach diesem Zeitraum keine öffentlichen, sondern nur Commissionssitzungen stattfinden. Hierauf Bericht der Petitioncommission, welche 21 Einläufe eingelegt hat, deren meiste dem Gutachten der Commission gemäß im Archiv des Hauses hinterlegt werden, bis sie leinerzeit den betreffenden Ministern übergeben werden können. Nächste Sitzung Samstag.

Ein Pester Telegramm der „Debatte“ vom 22. d. M. meldet: Die 52er-Commission für die gemeinsamen Angelegenheiten wählte in der heutigen Abend-sitzung den Grafen Julius Andrássy zum Präsidenten, den Deputirten Csengeri zum Schriftführer. Zur Bestimmung der Geschäftsordnung wurde ein Comité aus den Deputirten Deak, Klausal, Szendrői, Csengeri und Barady bestimmt. Die nächste Gelanung der Commission findet den 5. April statt. Der Hofkanzler conferirte gestern vor seiner Abreise zwei Stunden mit Deak.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 22. März. Se. k. k. Apostolische Majestät haben heute Vormittags Privataudienzen zu erteilen geruht. Während der Charwoche wird Se. Majestät der Kaiser keine Audienzen erteilen. Die nächsten Audienzen werden Donnerstag am 5. April erteilt werden.

Se. Majestät der Kaiser empfing gestern Vormittags die mährische Deputation der Bezirke Littau, Sternberg, Konig und Hohenstadt, welche im Namen der Bewohner der genannten Bezirke eine Dankadresse überreichte, in besonderer Audienz.

Ihre Majestät die Kaiserin haben dem Vereine vom h. Vincenz von Paul für freiwillige Armenpflege in Wien einen Beitrag von 100 fl. allergnädigst zu spenden geruht.

Das Staatsministerium hat, wie „Wiener Blätter“ berichten, im Einvernehmen mit dem Polizeiministerium die im Jahre 1860 verfügte Postdebitsentziehung des in Polen erscheinenden Journals „Dziennik polnaiski“ aufgehoben und dessen Bezug durch die Postanstalten gestattet.

Die „Prager Zeitung“ publicirt eine Kundmachung, der zufolge auch über den Pilsener Kreis das Ständerecht verhängt worden ist.

Nach einem Prager Telegramm des „N. Fremdenblattes“ wurde der Bezirksvorsteher von Schüttenhofen suspendirt. Die Motive sind bisher unbekannt.

Auch in Neu-Budzow versuchten im Laufe der vorigen Woche mehrere Proletarier aus den umliegenden Dörfern einen Judenewall zu erregen. Die „Strebros“-Schreier wurden jedoch sofort verhaftet und hiedurch vorläufig weiteren Excessen vorgebeugt.

Nach einem Prager Telegramm des „N. Fr. Pr.“ vom 22. d. haben in Woleniz unweit Strakonitz größere Unruhen stattgefunden. Von Pisek wurde schnelligt Militär dahin abgesendet.

Wie ein Grazer Telegramm der „Deb.“ meldet, habe die dortige Polizei ein Complot entdeckt, das eine Demonstration gegen die dort ansässigen Juden bezweckte. An 150 Personen sollen durch Unterschrift, an dem Excesse theilzunehmen, sich verpflichtet haben. Die Polizei hat bereits Sicherheits-Maßregeln vorbereitet.

Deutschland.

Aus Rendsburg, 22. d., wird gemeldet: Zur Feier des Geburtstags des Königs von Preußen fand heute eine Galaparasche der österreichisch-preussischen Garnison statt, welcher die Spitzen der Behörden gleichfalls bewohnten. Unter dem Donner der Kanonen wurde dem Könige ein Hoch ausgedrückt, in welches die Truppen jubelnd einstimmten. Nachmittags findet ein Festdiner statt. (Wie wir gestern gemeldet, hat sich Herr Ministerialrath v. Hofmann von Holstein nach Schleswig begeben, um der Feier als Repräsentant des Reiches beizuwohnen.)

Im Ingeratentheile der „Danz. Ztg.“ machen die Angehörigen des Med. Dr. Hermann Lind den im October v. J. in Afrika erfolgten Tod desselben bekannt, da soeben eingetroffene glaubwürdige Nachrichten leider die Berichte über das Mißgeschick, welches die Expedition des Baron v. d. Deden in Ostafrika betroffen, bestätigen.

Nach der „N. A. Z.“ ist dieser Tage die Entscheidung des päpstlichen Stuhles über die Speyerer Seminar-Angelegenheit in München eingetroffen. Mit Rücksicht auf die Bestimmungen des Concordats soll die Frage so erledigt werden, daß die Anstalt auf Kosten des Staats wieder eröffnet und unterhalten würde. Der Bischof würde die Professoren unter Vorbehalt der Genehmigung des Staats in Vorschlag bringen und ernennen.

Nach der „Kreuzzeitg.“ wird der italienische General Gavone „mit Erlaubniß der betreffenden Behörden“ verschiedene Militäretablissemens in Berlin und Spandau besichtigt.

Frankreich.

Paris, 20. März. Das Resultat der gestrigen Abstimmung über das Amendement der Sechsendierzig hat in Paris einiges Aufsehen gemacht. Obgleich ein Theil der Linken (der eigentlichen Opposition) mit den Mitgliedern des Diers-Parti stimmte und sich ihnen die Ex-Mitglieder der Opposition, Emil Olivier und Darimon, zugesellten, so machte es doch überall Eindruck, daß sich ungefähr 43 der Mitglieder des gesetzgebenden Körpers gegen die Regierung erklärt haben. Nur ein einziger der Unterzeichner des Amendements war in Folge der Rede des Herrn Rouher abtrünnig geworden. — In der heutigen Sitzung erteilt die Regierung wieder eine Art von Schlapp. Bei der Abstimmung über ein Amendement in Bezug auf die Presse erhielt die Opposition 65 Stimmen; für die Regierung votirten dagegen nur 188, also nicht einmal das Drittel der Abstimmenden. — In Lille haben jetzt 15,000 Arbeiter ihre Thätigkeit eingestellt. — Vorgestern fand der Verkauf des römischen Hauses des Prinzen Napoleon statt. Derselbe brachte die Summe von 1,150,000 Fr. ein.

Aus Paris wird der „R. Z.“ gerüchweise und mit Ref.ve gemeldet, der Commandirende in den zunächst an Deutschland gränzenden Provinzen, Marschall Forey, sei in aller Stille nach Paris berufen und in seinem Beisein in einem Ministerrathe der Beschluß gefaßt worden, die Cadres der Rhein-Armee, ohne alles Geräch zu veröffentlichen, indem ein besonderes Gewicht darauf gelegt wurde, daß die Garde sich ja bereits in der Nähe d. h. im Lager von Chalons befinde. Es sei ferner ausgemacht worden, wie für den Fall, daß die Rhein-Armee offiziell in ein „Observations-Corps“ verwandelt werden sollte, nicht Marschall Forey, sondern Mac Mahon, der Herzog von Magenta berufen werden würde, dessen Commando zu übernehmen.

Folgendes ist die tägliche Auflage der Pariser politischen Blätter: „Siecle“ 45,000, „Moniteur“ (der große)

20,000, „Patrie“ 16,000, „Presse“ 15,000, „Opinion nationale“ 14,000, „Constitutionnel“ 13,166, „Debats“ 9166, „Temps“ 8833, „France“ 8833, „Union“ 6900, „Avenir national“ 6266, „Gazette de France“ 6000, „Revue“ 5266, „Echo de Commerce“ 8520, „Charivari“ 3400, „Pays“ 3333, „Epoque“ 2333, „Villes et Campagnes“ 2000, „Liberté“ 733. Während die Zahl der literarischen Blätter zugenommen, hat sich die der politischen vermindert. Am 1. Jänner 1865 gab es in Frankreich 337 politische Zeitungen, darunter 63 in Paris und 274 in den Departements; am 1. Jänner 1866 war die Zahl der in Paris herausgegebenen politischen Blätter dieselbe geblieben, aber die der Departements war auf 267 gefallen. Neue Concessionen sind bekanntlich nur sehr schwer zu erlangen.

Gestern wurde Augiers „Contagion“ zum zweiten Male aufgeführt; es kam zu einem Scandal, die Pfeifer gerietzen mit der Polizei ins Handgemenge und wurden endlich hinausgeworfen; auf des anwesenden Dichters Bitte wurden die hinausgeworfenen Pfeifer aber wieder herein gelassen, und das war dankbar; denn sie hatten doch für einige Aufregung in dem lauwarmen Stuhl geforgt.

Italien.

Der Prinz von Carignan, Präsident des Nationalconfortiums zur Tilgung der italienischen Staatsschuld, hat an die Gesandtschaften und Consulate ein Rundschreiben gerichtet, um sie aufzufordern, die im Auslande lebenden Italiener zur Theilnahme an dem patriotischen Werke einzuladen. Der ehemalige Finanzminister, Graf Revel, hat die Mission übernommen, die ihm vom Turiner Centralcomité einstimmig übertragene finanzielle Organisation des Confortiums auszuarbeiten.

Ausland.

Der Großfürst Nikolaus Nikolajewicz, der durch 4 Tage seiner Anwesenheit in Warschau (vom 17. bis 20. d.) alle Truppengattungen der dortigen Garnison inspicierte und mit den Evolutionen derselben sehr zufrieden war, wohnte am 20. d. nach besuchter Vorstellung im großen Theater einem Thee beim Statthalter Grafen Berg bei und begab sich um 11 Uhr Abends mit dem Eisenbahnzug nach St. Petersburg.

Man schreibt vom 19. d. aus Warschau: Beim heutigen Mittagsempfange im königl. Schlosse sagte der Großfürst Nikolaus Nikolajewicz der anwesenden polnischen Aristokratie, wie der Kaiser von der vollständigen Herstellung der Ruhe im Königreich Polen und von der Nothwendigkeit der Einführung normaler Zustände überzeugt sei. Er schloß seine Ansprache mit folgenden Worten: „Die Zeit der Repressalien, meine Herren, seien sie getroft, ist vorüber. Vertrauen Sie der kaiserlichen Regierung.“

Türkei.

Ueber die Lage der Dinge in Syrien wird unter dem 5. März aus Tripolis geschrieben: „Der Maroniten-Aufstand scheint nun endlich bewältigt zu sein. Vor acht Tagen noch richtete Joseph Karam an die hiesigen Consuln der europäischen Mächte ein Schreiben, worin er sich bereit erklärte, sich unter gewissen Bedingungen zu unterwerfen. Der Bescheid, den er darauf erhielt, lautete ablehnend. Man verlangte von ihm bedingungslose Unterwerfung. Am 1. d. M. in der Frühe rückten die türkischen Truppen unter Hassan Pascha von Sgoria aus gegen die Dörfer, in denen die Aufständischen sich concentrirt hatten. Zwischen 3000 Türken und 600 Maroniten kam es zum Kampfe, der aber erst am 2. entschieden ward, nachdem Karam sich über Nacht aus dem Staube gemacht hatte. Am 3. kamen die Deputationen der Besiegten ins türkische Lager, und gestern ist Hassan Pascha in Eden eingerückt, wohin heute auch Fuad Pascha sich begeben hat.“

Griechenland.

Aus Athen wird dem französischen „Moniteur“ geschrieben, die Lage bessere sich und die Berichte aus den Provinzen fingen an, günstiger zu lauten; die Kriegsschiffe der Großmächte seien aus dem Piräus nach Santorin gegangen, um den dort durch die Vulcanausbrüche in große Noth gerathenen Inselbewohnern Hilfe zu gewähren. Auch der „Independance“ wird gemeldet, daß es in Athen wieder besser gehe, das neue Ministerium lasse es sich angelegen sein, das Beamtenpersonal der Verwaltung und Justiz zu säubern, und habe zur Verrückung der laufenden Bedürfnisse bei der Athener Bank 1 1/2 Millionen flüssig zu machen gemußt; indessen sei sie mit der heiligen Synode, den Metropolitnen an der Spitze, in einer vorübergehenden Streit gerathen wegen der Installation von vier Bischöfen, die der König auf Grund seines verfassungsmäßigen Rechtes ernannt habe.

Asien.

Aus Peking wird gemeldet, daß dort der Grundstein zu einer römisch-katholischen Kathedrale gelegt worden ist. Das Gebäude wird eine imposante Ausdehnung erhalten (300 Fuß Länge und 150 Fuß Breite) und sein Glockenthurm wird die höchsten Gebäude der Hauptstadt Chinas überragen.

Amerika.

Der Kaiser Maximilian hat ein Decret erlassen, mit welchem allen Schiffen, welche unter mexicanischer Flagge Handel treiben, Prämien angeboten werden. Amerikanische Journale erwähnen eines von den französischen Truppen vor Tampico errungenen Erfolges. In der tragischen Begebenheit des Negeraufstandes in Jamaika gibt es nun ein kleines Intermezzo, das sich mit heilerem Humor betrachten läßt. Schuld desselben ist der General Lamotte, der sich aus Haiti nach Jamaika geflüchtet hatte und unglücklicher Weise gerade in dem Momente landete, als die Aufregung am höchsten war. Sein Erscheinen im kritischen Augenblicke und der Umstand, daß das Schiff, auf dem er kam, eine starke Pulverladung an Bord hatte, ließ ihn verdächtig erscheinen und er wurde eine Zeit lang gefangen gehalten. Dafür verlangt er jetzt

Schadenersatz. Seine gestohlenen Habseligkeiten, darunter 12 Paar Hosen und ein Spazierstock schätzt er auf 4424 Pfd. St.; Entschädigung für seine Reiseunterbrechung 3000 Pfd. St.; schließlich für eine Ohrfeige, die er selber von einem englischen Matrosen erhalten haben will, 10,000 Pfd. St. Summa Summarum: seine eingefandte Rechnung beläuft sich auf 20,324 Pfd. St., die Ohrfeige mit eingerechnet.

Zur Tagesgeschichte.

Der Nachlaß Fr. Rückerts, der von seinem Sohne Heinrich Rückert, Professor an der Breslauer Universität, herausgegeben werden wird, enthält von poetischen Erzeugnissen nur kleine lyrische Gedichte und bildet gleichsam ein poetisches Tagebuch. Die größeren Werke sind meist Jugendschöpfungen, die theils von dem Dichter selbst als zur Herausgabe nicht geeignet, zurückgehalten worden. Dagegen sind die nachgelassenen wissenschaftlichen Werke von einem Umfang, der alle Erwartungen übersteigt. Fr. Rückert hatte die letzten 20 Jahre seines Lebens auf dieselben verwendet und sie mit einem kaum glaublichen Fleiße (er pflegte selbst in der letzten Zeit seines Lebens 10 bis 12 Stunden täglich zu arbeiten) gefördert. Sie gehören durchgängig dem linguistischen Gebiet an. Namentlich verdienen die Studien der orientalischen Sprachen Erwähnung, in welchen das Sanskrit, die persische und vor Allem die koptische Sprache mit Vorliebe behandelt sind. Die Arbeiten über das Koptische sind theils grammatische, theils lexikalische und werden zum Theil herausgegeben, da sie fast bis zur Druckfertigkeit gediehen sind. Unter den europäischen Sprachen haben das Deutsche und in dem Gebiete desselben das Gotische, ferner das Slavische und Litauische, besonders aber das Finnische den Fleiß und den Scharfsinn Fr. Rückerts in Anspruch genommen.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krahan, den 24. März. * Palmarum tralarum, mit Palmsonntag da gehen sie, nicht allein die Schneyen, sondern auch jene leichtlebigen, leichtglühenden Priester und Priesterinnen der Kunst, deren Schnabel sich übergen mit jedem andern messen kann; in alle Winkel zerfließen sie, die das Ihre redlich gethan, uns manchen Abend hinwegzuschmeißen. Selten scheiden sie, ohne daß ein Auge ihnen nachwehnt, so sei denn auch hier dem lüthigen Böschchen, das sorglos dahin wandelt, den Fuß in Ungeuitern, das Gaudium in Sonnenstrahlen, von Prosa und Poese gleich hart bedrängt, ein freundlicher Nachruf gewidmet. Ueberblicken wir ihre Leistungen, so müssen wir gestehen, daß auf dem Feld der Operetten, in Anbetracht der ungenügenden Kräfte und der färglich zu Gebot stehenden Mittel anerkennenswerthes geleistet worden. Die „Schönen“ jeder Gattung wurden uns vorgeführt, die schönen Weiber von Georgien, die schöne Helena und die schöne Galathea, abgesehen von einigen in gerundeter Darstellung gegebenen Reprisen älterer Operetten. Freilich war dieses reichhaltige Repertoir zum Theil durch das treffliche Orchester ermöglicht, aber auch die Sänger haben überraschendes geleistet, so wie die außerordentliche Thätigkeit aller Mitglieder Anerkennung verdient, von denen selbst die hervorragendsten sich keinen Augenblick geweigert haben, als Comparsen mitzuwirken; überhaupt ist der collegiale Sinn derselben rühmend hervorzuheben, sie waren Alle ein Herz und ein Sinn, ob sogar ein Herz und — ein Beinlein. Die Willigkeit der Schaar mag dem Herrn Capellmeister Schwarz über manche Klippe hinweggeholfen haben. Setzt ihm auch er, was er sonst gethan, er eilt — von hinnen. Fräulein Marchek war eine wandelnde Illustration des Sages: „es wachst der Mensch mit seinen höheren Zwecken“; auf den ersten Platz gestellt, mußte sie sowohl diesen als auch einnehmen. Das Fräulein beiste eine leicht anprechende, namentlich im piano wofflungende, umfangreiche Stimme, eine imposante, ihrer Stimme in letzter Beziehung gleichende Figur, und vollen Anspruch, mit der Albion verglichen zu werden, welche George Sand eine verlassene Nachtigall genannt, nur schade, daß das Fräulein sein Cognac gar zu sorgsam gewahrt hat. Ihr Gesang glich dem Gesänge des Vogels der Juno, er entfesselte sich oft glänzend und farbenprächtig wie dieses, leider hat der Pfau wohlwollendere Urfaße, jeder lebhafteren Conversation aus dem Wege zu gehen. Selbst in die Fäulnisse ihrer Melodien mischte sich oft ein derber Anflug eines nicht zu bewältigenden Dialekts; vermag das Fräulein mit den jubelnden nationalen Reminiszenzen zu brechen, dann ist ihr eine schöne Zukunft sicher. Fräulein Wende, vorzugsweise im Besiz der Hochtöne, weiß ihr Gollum oder den Mangel desselben mit großer Leichtigkeit zu tragen; ihr wunderer Fleiß ist das Herz. Seele und Empfindung gehen ihrem Gesang ab und nur zur Noth vermag eine ziemliche Routine diese Lücke zu füllen. Fräulein Fischer hat ihre Spuren schon in Küris Singstuhle verdient. Ihre Anhänglichkeit an diese, d. h. an die Singstuhle dauert noch immer und ihre Leistung mahnt durch ihre Desinvolture an die Schule, die sie bei dem Schöpfer des berühmten Liedes: „Dies, nur la Woffa nör“ und der anmuthigen Grastänze durchgemacht; indessen ist diese Bestimmtheit im Auftreten ein Vorzug für eine Localsängerin. Das Fräulein Fischer auch zartere Saiten aufzuziehen und anzuschlagen versteht, bewies er „Mutterlieb“ in den „schönen Weibern“. Fr. Hammermeister war der unerwartetsten Stütz- und Stützeheber des Ensemble, sie wußte das Andenken an ihre ehemalige Größe bestens wach zu halten. Erwähnen wir noch der beiden officiellen übrigens trefflichen und äußerst himmelbegabten Choristinnen, Fr. Blach und Walfo, dann sind wir mit dem weiblichen Deccontingent zu Hande. Wenn die beiden Fräulein Blam so wie die übrigen Damen im Chor mitwirkten, so war das eitel Erleichterung. Der Männerchor glänzte durch seine Abwesenheit, er stand eigentlich nur auf den Augen der Herren Mayer und Hanno, die Lechweise der Opernschule hat wenig geschadet. Von den Sängern haben wir vor Allen den Herrn Gutmann zu nennen. Ausgestattet mit einer sehr vortheilhaften Theaterfigur, wohlgefalligem Wesen, vielem Anstand in Haltung und Bewegung, einer zwar ausgiebigen aber nicht sehr umfangreichen Stimme hat er stets gewußt, sich mit seiner Aufgabe trefflich abzufinden. Er war ein gern gesehenes Mitglied der Oper; auch in komischen Partien hat er Verdienste geleistet, für diese besitz Fr. Gutmann gewinnende Bonhomie und geistigen Humor, der nie seine Wirkung verfehlt. Fr. Woller hat eine Stimme von ausgesprochenem Tenor-Kimbre; wenig in der Oper beschäftigt, hat er die spärlich ihm gewordene Gelegenheit, redlich benützt, sich in der Genuß des Publicums festzusetzen, die ihm als höchst gewandten Schauspieler mit unversenkbarer Sympathie entgegengebracht wurde. Fr. Ernst, dessen Domäne eigentlich das Comlet, war gemüthigt, seinen Flug in die höheren Regionen der komischen Oper zu nehmen; er that dies mit ebensoviel Glück als Geschick; sein Paßda Rhododendron, König Melens, Banquier Midas, sein Landpaß Burzel werden in guter Erinnerung bleiben. Fr. Paulmann singt nur, wenn er muß, dann aber singt er so gut als er kann, glücklicherweise aber besser, als manch Anderer, so lange und so weit sein Stimmfons andreicht. Fr. v. Kochanowsky ließ Fr. Hammermeister. Fr. v. Kochanowsky ist übrigens vorzugsweise Schauspieler und als solcher durch Routine und Siderheit ausgezeichnet. Leider wurde das Schauspiel in dieser Saison fast gar nicht, das Lustspiel wenig gepflegt. Fr. Ernst, der es nur einmal vergönnt gewesen, den Rothirn (in Uriel Aflosa) zu besetzen und Fr. Woller waren nur selten im Stande, ihr schönes Talent zu zeigen, aber dies genügt, um lebhaften Bedauern darüber hervorgerufen, daß finanzielle Rücksichten eine so erhellende Pflanze der Operette erstickten. Die vorhandenen Kräfte hätten zu weiserer Belegung der feinsten und besten Conversationstücke hingereicht. Wie selten kam Fr. Holzbauer zum Spiel, um die Vorträge, die sie in ihrem distinguirten Aeußern, ihrer eleganten Haltung, ihrem sympathischen Organ besitzt, in das gesällige Licht zu stellen und für „eine Hütte und ein Herz“ zu schwärmen, wie meinen das Gütchen und das Herz des Conflours.

in Lemberg von Krakau 8 Uhr 32 Min. Früh, 9 Uhr 40 Min.

